

**Termine Juni 2007**

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung <sup>1</sup>	Scheck <sup>2</sup>
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag <sup>3</sup>	11.6.2007	14.6.2007	8.6.2007
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Seit dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	11.6.2007	14.6.2007	8.6.2007
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	11.6.2007	14.6.2007	8.6.2007
Umsatzsteuer <sup>4</sup>	11.6.2007	14.6.2007	8.6.2007
Sozialversicherung <sup>5</sup>	27.6.2007	entfällt	entfällt

<sup>1</sup> Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

<sup>2</sup> Bei Zahlung durch Scheck ist zu beachten, dass die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks beim Finanzamt als erfolgt gilt. Es sollte stattdessen eine Einzugsermächtigung erteilt werden.

<sup>3</sup> Für den abgelaufenen Monat.

<sup>4</sup> Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat.

<sup>5</sup> Ab 2006 sind die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden. Um Säumniszuschläge zu vermeiden, empfiehlt sich das Lastschriftverfahren. Die Krankenkassen möchten die Beitragsnachweise monatlich bereits eine Woche vor dem Fälligkeitstermin elektronisch übermittelt haben. Dies sollte mit den Krankenkassen abgestimmt werden. Wird die Lohnbuchführung durch extern Beauftragte erledigt, sollten die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Fälligkeit auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen fällt.

**Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen**

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.1.2005:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.1. bis 30.6.2005	1,21 %	6,21 %	9,21 %
1.7. bis 31.12.2005	1,17 %	6,17 %	9,17 %

1.1. bis 30.6.2006	1,37 %	6,37 %	9,37 %
1.7. bis 31.12.2006	1,95 %	6,95 %	9,95 %
1.1. bis 30.6.2007	2,70 %	7,70 %	10,70 %

### ***Kürzung der Entfernungspauschale möglicherweise verfassungswidrig***

Seit dem 1.1.2007 sind Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte nur noch ab dem 21. Entfernungskilometer wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben zu berücksichtigen. Das Niedersächsische Finanzgericht ist der Ansicht, dass die Kürzung der Entfernungspauschale verfassungswidrig ist und hat das Bundesverfassungsgericht angerufen.

Ein Ehepaar hatte im Rahmen des Lohnsteuerermäßigungsantrags auch für 2007 die Eintragung des Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte unter Berücksichtigung der ungekürzten Entfernungskilometer begehrt und gegen die Ablehnung geklagt.

In einem weiteren Verfahren hielt das Niedersächsische Finanzgericht die Kürzung der Entfernungspauschale für willkürlich und gab dem Antrag auf Eintragung der ungekürzten Werbungskosten statt. Der Bundesfinanzhof wird hierzu entscheiden müssen.

**Hinweis:** Bei der Abgabe der Einkommensteuererklärungen 2007 im Jahr 2008 sollten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte die vollen Entfernungskilometer als Werbungskosten oder Betriebsausgaben geltend gemacht werden. Gegen ablehnende Bescheide muss Einspruch eingelegt werden, falls die obersten Gerichte noch nicht entschieden haben.

### ***Auflösung einer Ansparrücklage anlässlich Betriebsveräußerung kein laufender Gewinn***

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass der Ertrag aus einer im Zusammenhang mit einer Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe aufzulösenden Ansparrücklage dem steuerbegünstigten Veräußerungs-/Aufgabegewinn und nicht dem laufenden Gewinn hinzuzurechnen ist.

Das Gericht weist allerdings ausdrücklich darauf hin, dass eine Ansparrücklage nicht mehr gebildet werden darf, wenn sich ein Unternehmen schon vor Einreichen des Jahresabschlusses beim Finanzamt entschlossen hat, den Betrieb zu veräußern.

### ***Betriebsaufgabe bei zeitlich unbegrenzter Verpachtung***

Eine Betriebsaufgabe setzt u. a. voraus, dass der Inhaber des Betriebs seine gewerbliche Tätigkeit endgültig einstellt. Dies ist der Fall, wenn der Unternehmer die wesentlichen Wirtschaftsgüter des Betriebs an mehrere Abnehmer veräußert, wenn er sie erkennbar in das Privatvermögen überführt und eine eindeutige Aufgabenerklärung abgibt. Unter diesen Umständen ist der Aufgabegewinn begünstigt zu versteuern.

Die Einstellung der gewerblichen Tätigkeit allein führt nicht notwendigerweise zur Betriebsaufgabe. Liegt etwa ein ruhender Gewerbebetrieb (Betriebsunterbrechung) vor, erzielt der Unternehmer weiterhin Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Die Betriebsunterbrechung erfordert u. a., dass die wesentlichen Betriebsgrundlagen erhalten bleiben und dass die Wiederaufnahme der Tätigkeit durch den bisherigen Betriebsinhaber (oder einen unentgeltlichen Rechtsnachfolger) wahrscheinlich ist. Von der Absicht, den Betrieb innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in gleichartiger oder ähnlicher Weise wieder aufzunehmen, ist auszugehen, solange die Fortsetzung objektiv möglich ist und eine eindeutige Aufgabenerklärung nicht abgegeben wird. Die Fortsetzung ist objektiv möglich, solange das Unternehmen sämtliche für den Betrieb wesentlichen Betriebsgrundlagen zurückbehält. Die Wiederaufnahme des Betriebs muss innerhalb eines überschaubaren Zeitraums erfolgen. Ist der zeitliche Rahmen der Wiederaufnahme so weit in die Zukunft verlagert, dass er mehrere Generationen umspannt, kann im Regelfall nicht von einem ruhenden Gewerbebetrieb ausgegangen werden.

Nach einem Urteil des Hessischen Finanzgerichts ist eine Betriebsaufgabe anzunehmen, wenn nach einer langfristigen Verpachtung eines Geschäfts ein neuer Miet und Pachtvertrag mit einem branchenfremden Unternehmen geschlossen wird, der eine mindestens 43jährige Betriebsunterbrechung bedeutet.

Der Bundesfinanzhof muss abschließend entscheiden.

### ***Bewirtungsaufwendungen eines Arbeitnehmers können als Werbungskosten abziehbar sein***

Auch die Bewirtungskosten eines Arbeitnehmers können abzugsfähig sein. Dies zeigt der Fall eines Brigadegenerals, dem solche Aufwendungen anlässlich der Kommandoübergabe und seiner Verabschiedung entstanden waren. Er machte sie als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit geltend.

Nach Ansicht des Bundesfinanzhofs ist immer der Anlass maßgebend, der in der beruflichen Sphäre liegen muss. Im Rahmen einer Gesamtwürdigung ist darüber hinaus zu prüfen, ob eine private Mitveranlassung der Aufwendungen erkennbar ist. Im geschilderten Fall trat der Arbeitgeber des Generals nach außen als Gastgeber auf, und die Feier fand im Offiziersheim der Garnison statt. Damit hielt das Gericht die berufliche Veranlassung für hinreichend nachgewiesen und ließ die Aufwendungen zum Abzug zu.

### ***Aufwendungen für die Teilnahme von Betreuungspersonal an Incentive-Reisen können steuerpflichtiger Arbeitslohn sein***

Ein Automobilhersteller veranstaltete mit seinen Vertragshändlern sog. Incentive-Reisen. Sie wurden zu Reisen an touristisch interessante Orte in aller Welt samt umfassendem Rahmenprogramm eingeladen. An den Reisen nahmen auch einige Arbeitnehmer des Automobilherstellers teilweise mit ihren Ehepartnern als Betreuer teil. Sie hatten sich während der Reisen um die Vertragshändler zu kümmern und waren deren Ansprechpartner. Sie nahmen daher auch an den Ausflügen und Veranstaltungen teil.

Die auf die Arbeitnehmer entfallenden Reisekosten setzte der Automobilhersteller als Betriebsausgaben ab, behandelte sie aber nicht als steuerpflichtigen Arbeitslohn der Arbeitnehmer. Er meinte, die Teilnahme an den Reisen sei im eigenbetrieblichen Interesse des Unternehmens erfolgt. Seine Arbeitnehmer hätten auf Grund dienstlicher Anweisung an den Reisen teilgenommen und wären im Rahmen der Kundenbetreuung ständig im Einsatz gewesen. Deshalb bestehe keine Lohnsteuerpflicht. Das Finanzamt sah das anders. Es besteuerte die auf die Arbeitnehmer entfallenden Reisekosten als geldwerten Vorteil und forderte die Lohnsteuer beim Automobilhersteller nach.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass Reisekosten dann steuerpflichtiger Arbeitslohn sind, wenn die Reise in erheblichem Umfang auch touristische Aspekte enthalte. Dann habe die Bezahlung der Reisekosten auch entlohnenden Charakter und sei zu versteuern. Entscheidend für die Abgrenzung sind:

- der zeitliche Umfang der Betreuungstätigkeiten,
- die Art der dienstlichen Tätigkeiten während der Reise,
- die Kriterien zur Auswahl der mitreisenden Arbeitnehmer.

Sofern nach diesen Kriterien grundsätzlich Lohnsteuerpflicht anzunehmen ist, muss zusätzlich geprüft werden, welcher Teil der Reisekosten ausschließlich durch die Betreuungstätigkeit entstanden ist. Dieser Teil ist nicht steuerbar.

### ***Aufwendungen für Fachkongress bei objektivem beruflichen Interesse sind Werbungskosten***

Ein Facharzt für Anästhesie nahm an Fachkongressen für Anästhesie und Schmerztherapie im Ausland teil. Die Fachvorträge und Workshops auf diesen Kongressen fanden an mehreren Stunden vormittags und nachmittags statt. Der Teilnehmerkreis bestand ausschließlich aus Ärzten, Ärzten im Praktikum und Krankenschwestern. Der Arzt machte die Fortbildungskosten als Werbungskosten geltend. Das Finanzamt lehnte dies ab mit dem Hinweis, die Kosten seien privat veranlasst.

Der Bundesfinanzhof gab dem Arzt Recht. Die Teilnahme an den Fachkongressen war ausschließlich beruflich veranlasst, weil der Arzt sich auf seinen Fachgebieten fortbilden wollte. Die von ihm aufgesuchten Kongresse waren zudem wie Lehrgänge organisiert und richteten sich ausschließlich an Fachteilnehmer.

Aufwendungen für eine Fortbildung sind als Werbungskosten abzugsfähig, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen Beruf und Aufwendungen besteht. Der volle Abzug setzt voraus, dass die Reise ausschließlich oder nahezu ausschließlich der beruflichen Sphäre zuzuordnen ist. Der Reise muss ein unmittelbarer beruflicher Anlass zu Grunde liegen.

### ***Steuerpflicht der Renditen beim Verkauf von Finanzinnovationen***

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören Erträge aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art. Voraussetzung ist, dass es sich um ein Entgelt für die Nutzungsüberlassung und nicht um ein Veräußerungsentgelt handelt.

Allerdings kann sich auch aus einzelnen Veräußerungstatbeständen eine Steuerpflicht ergeben. Voraussetzung ist, dass für die Forderungen keine laufende Verzinsung vorgesehen ist. Bei Schuldverschreibungen und sonstigen Kapitalforderungen ist dann die sog. „Emissionsrendite“ der Besteuerung zu Grunde zu legen. Nur wenn die Wertpapiere keine „Emissionsrendite“ haben oder eine solche nicht nachgewiesen werden kann, ist nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs stattdessen die „Marktrendite“ zu versteuern.

„Emissionsrendite“ ist die bei Ausgabe des Wertpapiers von vornherein zugesagte Rendite ohne Berücksichtigung marktbedingter Kursschwankungen. Es handelt sich um die Differenz zwischen dem Emissions/Verkaufskurs und dem Nominalwert oder Rückzahlungskurs.

Als „Marktrendite“ wird der Unterschied zwischen dem Kaufpreis und den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Wertpapiere angesehen. Damit sind auch marktbedingte Kursschwankungen in dem Unterschiedsbetrag enthalten und zu versteuern, die bei der „Emissionsrendite“ nicht erfasst werden. Allerdings müssen nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs bei der Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen Wechselkursschwankungen von auf ausländische Währung lautenden Finanzinnovationen unberücksichtigt bleiben.

### ***Erträge aus der Rückzahlung von DAXZertifikaten steuerpflichtig***

DAXZertifikate sind als Kapitalforderungen anzusehen, da sie Indexzertifikate mit Kapitalrückzahlungsgarantie sind. Der Erwerber eines DAXZertifikats erhält eine auf eine Geldleistung gerichtete Forderung gegen den Emittenten. Der spätere Rückzahlungsbetrag hat dem DAXSchlusskurs am Rückzahlungstag bei Zusicherung eines Mindestrückzahlungsbetrags zu entsprechen. Auf Grund dieser Rahmenbedingungen wird eine Rückzahlung des Kapitalvermögens zugesagt. Die Differenz zwischen dem Emissionskurs und dem Rückzahlungsbetrag ist steuerpflichtig.

Für die Besteuerung derartiger Papiere ist vorrangig die sog. „Emissionsrendite“ maßgeblich. Sie ergibt sich aus einer vom Emittenten von vornherein zugesagten Mindestrendite bis zur Einlösung bzw. Endfälligkeit.

Liegen die Voraussetzungen zur Anwendung einer „Emissionsrendite“ nicht vor oder kann sie nicht nachgewiesen werden, ist auf die „Marktrendite“ abzustellen, wobei der Unterschied zwischen dem Kaufpreis und den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Wertpapiere zu versteuern ist. Obwohl Kursschwankungen grundsätzlich nicht der Besteuerung unterliegen, sind sie in den Fällen der „Marktrenditebesteuerung“ in die Besteuerung einzubeziehen. Dies ist bei Anlagen der vorliegenden Art hinzunehmen, da Nutzungsentgelt und Kursgewinn nicht hinreichend voneinander abgrenzbar sind.

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs weisen DAXZertifikate keine von vornherein bezifferbare Emissionsrendite auf. Aus diesem Grund ist auf die Marktrendite zurückzugreifen. Bei den DAXZertifikaten ist der Emittent nur verpflichtet, einen über den anfänglichen Verkaufspreis hinausgehenden Betrag zu zahlen, wenn der DAXSchlusskurs über dem anfänglichen Verkaufspreis liegt. Damit hängt es von der künftigen Entwicklung des DAXKurses als ungewissem Ereignis ab, ob und in welcher Höhe ein über den anfänglichen Verkaufspreis hinausgehendes Entgelt für die Überlassung des Kapitalvermögens zu zahlen ist.

### ***Rückwirkender Wegfall des Sonderausgabenabzugs für Nachzahlungszinsen verfassungsgemäß***

Durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 ist der Abzug von Nachzahlungszinsen als Sonderausgaben ab 1999 nicht mehr möglich. Weil dies auch für Zinsen zurückliegender Veranlagungszeiträume galt und Erstattungszinsen weiterhin als Einnahme zu erfassen waren, wurde die neue gesetzliche Regelung von einem Steuerzahler als verfassungswidrig angesehen.

Eine solche Verfassungswidrigkeit vermochte der Bundesfinanzhof nicht zu erkennen. Die dafür notwendige echte oder unechte Rückwirkung liegt nach Ansicht des Gerichts nicht vor. Das Gericht verwies auf die bisherige Rechtsprechung, die sich mit dieser Problematik eingehend auseinander gesetzt hatte. Auch die unterschiedliche Behandlung von Nachzahlungs und Erstattungszinsen führt nicht zu einer anderen Betrachtung. Begründet wird dies mit der fehlenden Möglichkeit zum Abzug privater Schuldzinsen.

### ***Keine Änderung bestandskräftiger Umsatzsteuerfestsetzungen auf Grund EuGH-Entscheidung zur Steuerfreiheit des Betriebs von Geldspielautomaten***

Der Europäische Gerichtshof hatte im Jahr 2005 entschieden, dass die Veranstaltung von Glücksspielen oder der Betrieb von Glücksspielgeräten außerhalb zugelassener öffentlicher Spielbanken nicht der Umsatzsteuer unterworfen werden dürften, wenn die selben Tätigkeiten in öffentlichen Spielbanken umsatzsteuerfrei waren.

Betroffene Unternehmer konnten deshalb unter Berufung auf Europäisches Recht die zu viel gezahlte Umsatzsteuer vom Finanzamt zurückverlangen, allerdings nur, wenn deren Umsatzsteuerbescheide noch nicht bestandskräftig waren.

Der Bundesfinanzhof hat nun klar gestellt, dass bestandskräftige Umsatzsteuerfestsetzungen nicht rückwirkend änderbar sind. Die Einspruchsfrist von einem Monat ist gemeinschaftsrechtlich nicht zu beanstanden.

### ***Arbeitgeber muss Kosten für Bearbeitung von Lohn und Gehaltspfändungen allein tragen***

Arbeitgeber dürfen von ihren Arbeitnehmern keine Gebühren dafür erheben, dass sie zu Gunsten der Gläubiger ihrer Arbeitnehmer an Lohn und Gehaltspfändungen mitwirken. Dies gilt auch, wenn eine freiwillige Betriebsvereinbarung vorsieht, dass das Unternehmen von dem betroffenen Arbeitnehmer bei Pfändungen eine Bearbeitungsgebühr verlangen darf. Die Rechtsordnung weise die Kosten der Mitwirkung an Lohn und Gehaltspfändungen dem Unternehmen zu. Eine abweichende Regelung durch die Betriebsparteien sei nicht möglich.

Dies hat das Bundesarbeitsgericht im Falle eines Werkmeisters entschieden, dem von seinem Arbeitgeber für mehrere Pfändungen rund 430 € in Rechnung gestellt worden waren.

### ***Mietvertragliche Pflicht zu Schönheitsreparaturen bei starrem Fristenplan unwirksam***

Formularklauseln in Mietverträgen, die dem Mieter Schönheitsreparaturen in starren Fristen vorschreiben, sind unwirksam.

Dieser für Wohnraum geltende Grundsatz ist nach Ansicht des Oberlandesgerichts Düsseldorf auch auf gewerbliche Mietverhältnisse anzuwenden, weil der gewerbliche Mieter bei vergleichbarer Vertragsgestaltung nicht weniger schutzbedürftig ist als ein Wohnraummieter. Die unangemessene Fristenregelung führt insgesamt zur Unwirksamkeit der im Mietvertrag enthaltenen Pflicht zur Ausführung von Schönheitsreparaturen. Damit tritt die gesetzliche Regelung an die Stelle der mietvertraglichen Regelung. Danach sind Schönheitsreparaturen vom Vermieter durchzuführen.

### ***Leistungsfreiheit des Gebäudeversicherers wegen Nichtzahlung der Prämie***

In einem vom Thüringer Oberlandesgericht entschiedenen Fall nahm der Erwerber eines Hausgrundstücks eine Versicherung aus einem bei ihr abgeschlossenen Wohngebäudeversicherungsvertrag wegen eines Brandschadens in Anspruch.

Im notariellen Kaufvertrag vom 8.6.2004 war u. a. geregelt, dass mit Vertragsabschluss alle Rechte und Pflichten aus bestehenden Versicherungen auf den Erwerber übergehen. Der Veräußerer hatte das Gebäude seit 22.8.1994 für zunächst zehn Jahre (mit Verlängerungsklausel) gegen Feuer, Sturm und Hagel versichert. Mit Schreiben vom

17.8.2004 wies der Versicherer den Erwerber auf die gesetzlichen Möglichkeiten, in den Versicherungsvertrag einzutreten oder vom Sonderkündigungsrecht Gebrauch zu machen, hin.

Nachdem die am 1.9.2004 fällige Folgeprämie für das Jahr 2004/2005 nicht eingegangen war, mahnte die Versicherung mit Schreiben vom 4.10.2004 die Jahresprämie von dem Veräußerer an und wies auf die einschlägige Zahlungsfrist von einem Monat sowie die Folgen des Fristablaufs hin.

Erst nachdem das Gebäude in der Nacht vom 8. auf den 9.12.2004 abgebrannt war, wurde der Erwerber als Grundstückseigentümer im Grundbuch eingetragen und die offene Prämie überwiesen.

Das Gericht wies die Klage ab, weil die Folgeprämie zum Zeitpunkt des Brands nicht gezahlt und der Versicherungsnehmer auf Grund des Mahnschreibens mit der Zahlung in Verzug war. Es stellte klar, dass bis zum Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung im Grundbuch der Veräußerer Versicherungsnehmer und damit zutreffender Adressat des Mahnschreibens war.

### ***Auf Überentnahmen beruhende, nicht abziehbare Schuldzinsen dürfen nicht doppelt erfasst werden***

Zur Ermittlung des Gewerbeertrags müssen dem Gewinn 50 % der sog. Dauerschuldzinsen hinzugerechnet werden. Durch den ab 1999 geltenden beschränkten Betriebsausgabenabzug von Schuldzinsen bei sog. Überentnahmen kann es zu einer doppelten Erfassung gewisser Anteile der Schuldzinsen kommen. Zum einen werden wegen der Überentnahmeregelung Anteile der Schuldzinsen dem Gewinn hinzugerechnet. Zum anderen wird dieser erhöhte Gewinn zur Ermittlung des Gewerbeertrags dann nochmals um 50 % der Dauerschuldzinsen erhöht.

Ein Urteil des Finanzgerichts RheinlandPfalz beseitigt diese Doppelerfassung: Dürfen Zinsaufwendungen bei der Ermittlung des Gewinns wegen der Überentnahmeregelung nicht abgezogen werden, sind sie nicht als Dauerschuldzinsen dem Gewinn hinzuzurechnen. Ist eine konkrete Zuordnung der nicht abziehbaren Schuldzinsen (gem. Überentnahmeregelung) zu den Dauerschuldzinsen nicht möglich, kann die Zuordnung durch Schätzung erfolgen.